

Zeitschriften-Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **59 (1967)**

Heft 10

PDF erstellt am: **04.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Zeitschriften-Rundschau

Gegen die griechische und spanische Diktatur

«Der Gewerkschafter» ist die Monatschrift für die Funktionäre der IG Metall und erscheint in Frankfurt am Main. In ihrer Julinummer findet sich unter dem Titel «Die gespreizte Hand vor dem Gesicht» ein kurzer Bericht Karl Heinz Briams über «die Griechen und die Diktatur». Der Autor stellt einer lapidaren Meldung Radio Athens, wonach ein deutscher Archäologe in Griechenland nichts von der Diktatur verspürt habe, seine während einer zweiwöchigen Griechenlandreise gemachten Erfahrungen gegenüber. Er fand in dieser ganzen Zeit lediglich zwei Personen, die sich für die neue Regierung aussprachen, zwei weitere hatten eine indifferente Meinung, während die restlichen 50 bis 60 Bekanntschaften, Arbeiter, Bauern, Studenten, Tavernenbesitzer und sogar Hoteliers, ihrem Mißfallen über die griechische Entwicklung Ausdruck gaben. Für alle diese Oppositionellen scheint «Papan-dreou» das Gegengewicht gegen die Militärdiktatur zu sein. Natürlich können solche Reiseberichte nie die Grundlage für eine Einschätzung der Situation in Griechenland sein, aber sie helfen als Streiflichter mit, die heutige politische Situation zu erkennen.

Auch Spanien leidet unter einem verschärften Terror. Hierüber berichtet in Heft 8 der gleichen Zeitschrift Juan Alvarez. Er weiß von Terror, Verhaftungen und Mißhandlungen zu erzählen, aber auch von freiheitlichen Regungen innerhalb der spanischen Arbeiterschaft. Besonders interessant sind seine konkreten Meldungen aus dem Baskenland.

Etwas umfassender und grundsätzlicher mit der Entwicklung in Spanien befaßt sich eine Arbeit von Augustin Souchy in Heft 3 der von Willi Eichler herausgegebenen Vierteljahresschrift «Geist und Tat». Wie bereits der Titel dieses Beitrages, «Spaniens dornenvoller Weg zur Demokratie», sagt, verfolgt der Autor die Entwicklung der Diktatur Francos. Was bei dieser Arbeit, die mittelst aufschlußreichem Zahlenmaterial und interessanten Ver-

gleichen zwischen dem alten und dem neuen spanischen Arbeitsgesetz ein realistisches Bild aus dem Spanien von heute vermittelt, um so mehr überrascht, ist der in den Schlußsätzen zutage tretende Optimismus: «... und die Zeit scheint nicht mehr fern zu sein, in der sich im alten Kulturland jenseits der Pyrenäen eine neue Aera von Freiheit und Fortschritt eröffnet. Für die Möglichkeit eines friedlichen Übergangs zur Demokratie bietet die Geschichte Spaniens einen Präzedenzfall: der Sieg der demokratischen Parteien bei den Gemeindewahlen des Jahres 1931 hatte die friedliche Abdankung Alfons XIII zur Folge. Sie vollzog sich ohne Blutvergießen.»

Schule und Bildung

In unserer letzten Zeitschriften-Rundschau verwiesen wir auf eine Arbeit («Soziale Herkunft und Bildungschancen»), in welcher der Nachweis erbracht wird, daß Milieufaktoren für das Studium äußerst entscheidend sein können. Hierbei wurde besonders auf das Problem der «sprachlichen Gewandtheit» hingewiesen. In Heft 9 der «Gewerkschaftlichen Monatshefte» schildert nun die Stellvertreterin des Direktors an der Volkshochschule Hannover, Dr. Charlotte Ziegler, unter dem Titel «Zum Problem des Sprachtrainings im Zweiten Bildungsweg», ihre Erfahrungen, Einsichten und Schlüsse aus ihrer Tätigkeit an Volkshochschulen. Die Autorin fordert am Schluß ihrer Arbeit Pädagogen, Psychologen und Soziologen sowie Leute der Wissenschaft und Praxis auf, mit einigen Absolventen des Zweiten Bildungsweges ein Programm für ein modernes Sprachtraining auszuarbeiten. Was hier für Deutschland gefordert wird, dürfte genauso notwendig für die Schweiz sein und würde bestimmt ein Vorwärtkommen mittelst des ersten wie auch des zweiten Bildungsweges erleichtern.

Obwohl die vornehmen englischen Internatsschulen im Grunde jeder demokratischen Gesinnung Hohn sprechen, erfreuen sich Eton, Harrow, Rugby und Winchester, um nur die bekanntesten

zu nennen, in der ältesten Demokratie der Welt, der Schweiz, einer starken Publicity und einer erstaunlichen Sympathie. Die Juninummer der in Brüssel erscheinenden Monatsschrift «Freie Gewerkschaftswelt» enthält unter der Überschrift: «Schluß mit dem Schulprivileg» eine grundsätzliche Abrechnung mit diesen Exklusivschulen, diesem lebenden Fossil, diesem Anachronismus in einem modernen Wohlfahrtsstaat. Obwohl die in dieser Arbeit enthaltene Kritik sich gegen einen spezifisch britischen Schultypus richtet, so dürften doch die darin enthaltenen Argumente und Anklagen auch für die Verfechter einer Demokratisierung des Bildungswesens in anderen Ländern von Interesse sein.

Hinweise

Ausgehend von der Tatsache, daß die Bundesrepublik ungefähr gleichviele Gastarbeiter wie die Schweiz beschäftigt – ihre Zahl stieg in Deutschland von 73 000 (1954) auf 1 314 000 (Juni 1966), was einer Zunahme von 1800 Prozent gleichkommt – befaßt sich Dr. Wilfried A. Hollenweger mit der «Gastarbeiterpolitik in der Bundesrepublik Deutschland». In seiner Arbeit, die in der Septembernummer der «Schweizer Monatshefte» veröffentlicht wurde, beschäftigt er sich mit folgenden Problemen: «Der gegenwärtige Stand der Ausländerbeschäftigung», «Bilaterale Wanderungsabkommen», «Freizügigkeit in der EWG», «Wirtschaftliche Probleme», «Unternehmerische Aspekte», «Fiskalische Aspekte», «Ausländerbeschäftigung und Produktivitätsentwicklung», «Konjunkturpolitischer Aspekt», «Soziologische und politische Probleme», «Kosten der Wohnungsversorgung», «Folge- und Bildungsinvestitionen», «Priorität am Arbeitsmarkt» und «Neue Ausländerpolitik».

Auf den 24. bis 29. September dieses Jahres hatte der Österreichische Gewerkschaftsbund zum sechstenmal in der Geschichte der zweiten Republik sein höchstes Forum, den Bundeskongreß, einberufen. Im Hinblick auf diese Tagung warf in der «Zukunft», dem Halbmonatsorgan der SPÖ (Nummern 17–18) Dr. Rupert Gmoser, der Direktor der Sozialakademie der steirischen

Kammer für Arbeiter und Angestellte in Graz, die Frage auf: «Haben die Gewerkschaften noch eine Daseinsberechtigung?» Unter diesem Titel stellt er Vergleiche an zwischen der «klassischen» und der «befestigten» Gewerkschaft. Trotz der stolzen Erfolgsbilanz des ÖGB sieht er noch eine Fülle von Zukunftsaufgaben; so stellt er sachlich fest: «Es gibt 2,4 Millionen Arbeitnehmer in Österreich. 1,5 Millionen davon sind organisiert. Aber immerhin 900 000 Arbeiter, Angestellte und Beamte konnten bisher von der Gewerkschaftsorganisation noch nicht erfaßt werden.» Genau so wichtig, ja vielleicht noch wichtiger findet Gmoser den folgenden Punkt: «Nur wenn es gelingt, den Hunderttausenden von organisierten Arbeitnehmern Sinn und Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung über das aktuelle Tagesgeschehen hinaus bewußt zu machen, werden sie eine wirkliche Verbundenheit zu ihrer Organisation gewinnen.» Was er aber unter dieser Forderung versteht, formuliert er im Schlußteil seiner Arbeit, wo es heißt: «Über allen wirtschaftlichen und sozialen Tagesfragen steht für den freien Gewerkschafter das Bekenntnis zur Idee des Humanismus. Dem echten Humanisten ging es niemals um die bloße materielle Besserstellung des Menschen. Die Schaffung der notwendigen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen für die Entwicklung der freien menschlichen Persönlichkeit ist nicht Endziel der Gewerkschaftspolitik, sondern Voraussetzung für die Verwirklichung unseres humanistischen Anliegens. Vielleicht hat noch nie die industrielle Welt so sehr die Macht einer Organisation gebraucht, die untrennbar mit der Idee des Humanismus verbunden ist, als jetzt. Denn nie noch war der Mensch in Wirtschaft und Gesellschaft so gefährdet wie heute. Nie noch aber hatte er auch größere Chancen, ein Leben in wirtschaftlicher Sicherheit, sozialer Gerechtigkeit und menschlicher Freiheit zu verwirklichen.» Wenn diese Gedanken von den Millionen Gewerkschaftern der ganzen Welt aufgegriffen werden, dann sollte auch eine Verwirklichung der darin enthaltenen Ideale nicht mehr fern sein.

Otto Böni